kurier.at

Gewerkschafter Muchitsch: „Bei der Sozialpartnerschaft ist Sand im Getriebe“

Josef Muchitsch, Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz und SPÖ-Abgeordneter über den Wirtschaftsstandort, die Lohnverhandlungen, die letzte Chance der SPÖ und Nicht-Kanzler Kickl.

Quelle: Kurier, Martin Gebhart

Für den steirischen Gewerkschafter und SPÖ-Abgeordneten Josef Muchitsch ist Finanzminister Markus Marterbauer der Garant dafür, dass die Bundesregierung hält.

KURIER: Herr Muchitsch, derzeit wird im Marchfeld um das Tiefkühlwerk Ardo gekämpft. Die belgischen Eigentümer werden es schließen, weil Österreich wegen der Energiepreise und der hohen Personalkosten nicht mehr wettbewerbsfähig sei. Ist der heimische Wirtschaftsstandort nicht mehr attraktiv?

Josef Muchitsch: Wir haben sehr innovative Unternehmen, die etwa dem Klimawandel begegnen. Ich denke an den grünen Stahl bei der Voest oder den grünen Ziegel von Wienerberger. Unser größtes Problem ist in Österreich, dass wir selbst den Wirtschaftsstandort bei verschiedensten Veranstaltungen schlechtreden. Wenn man in die Industriellenvereinigung hineinhört, glaubt man, es herrscht Untergangsstimmung. Und dann wundert man sich, dass sich das auf die Bevölkerung und letztlich auf ausländische Eigentümer überträgt.

Jetzt hat es eine Phase gegeben, da waren die Gehaltssteigerungen wegen der Inflation im Vergleich zu anderen europäischen Ländern enorm hoch. Das hat viel an Wettbewerbsfähigkeit genommen.

Das ist richtig, das hat uns schon zurückgeworfen. Aber ich möchte wieder einmal klarstellen, dass damals zuerst die Preise gestiegen sind, weil wir eine Regierung aus ÖVP und Grünen gehabt haben, die gesagt hat, wir greifen nicht in den Mark ein, weil der Markt alles von selbst regelt. Wir waren das einzige Land, das gegen die Teuerungswelle nichts unternommen hat. Da mussten die Gewerkschaften sagen, dass die Menschen in dem Land, die jeden Tag aufstehen und arbeiten, das nicht verursacht haben. Die wollen aber dennoch mit dem Einkommen auskommen.

Im Herbst stehen Lohnverhandlungen auf der Tagesordnung. Von der Wirtschaft wird im Vorfeld gefordert, dass sich die Gewerkschaft bei den Forderungen zurückhält. Was sagen Sie dazu?

Eine Kollektivvertragsverhandlung hat ja nicht nur etwas mit Lohn- und Gehaltserhöhungen zu tun. Da gibt es viele Dinge, die man im Rahmenrecht mitverhandelt. Die Kollektivvertragspolitik insgesamt wird sich in den nächsten Monaten über Gesamtpakete unterhalten und auch Abschlüsse machen.

Eine Frage an Sie als Bau-Holz-Gewerkschafter: Wie sieht es in der Baubranche aus? In den vergangenen Jahren hat der Bau stagniert, jetzt gilt er als jener Bereich, der die Konjunktur antreiben soll.

Die Bauwirtschaft ist in Wirklichkeit der Konjunkturmotor Nummer eins. Man muss ihr halt Sprit geben. Fakt ist, dass wir in den vergangenen drei Jahren keine gute Zeit in der Bauwirtschaft

erlebt haben, nachdem in den Jahren 2021 und 2022 mehr gebaut worden war, als wir gebraucht haben. Was sich die Bauwirtschaft wünscht, ist eine gewisse Stabilität, dass wir am Wohnungsmarkt das errichten, was die Menschen brauchen. Fakt ist, dass wir in den vergangenen vier Jahren 18.000 Bauarbeiter in Österreich verloren haben. Das kriegen wir nie wieder zurück, die sind weg.

Wer muss für den Sprit sorgen? Die Regierung?

Wir brauchen eine Kreativität. Es sind drei Punkte, die im Koalitionsabkommen wesentlich sind. Erstens sollten jene Wohnbaumittel abgeholt werden, von der Vorgängerregierung mit dem Ein-Milliarden-Wohnbaupakt zur Verfügung gestellt worden sind. Dafür haben wir jetzt die Richtlinien geändert. Das Zweite ist eine Zweckbindung der Wohnbauförderung. Das ist noch offen. Ich bin seit 2006 dabei, wir haben es in jedes Koalitionsabkommen hineingeschrieben, aber die Bundesländer haben es bis dato verhindert. Der dritte Bereich ist, dass wir neue Finanzierungsformen finden, ohne das Budget zu belasten. Da gibt es gute Gespräche mit der Europäischen Investitionsbank. Mein großer Appell geht auch an die heimischen Banken, hier ein bisschen einzuspringen und günstige Kredite anzubieten.

Als eine der Säulen für das Weiterkommen des Wirtschaftsstandorts wird die Sozialpartnerschaft angesehen. Wie gut funktioniert diese derzeit?

Wir haben 80 Jahre Sozialpartnerschaft gefeiert. Und diese hat das Land in den vergangenen 80 Jahren stark gemacht. Wir waren nach dem Zweiten Weltkrieg eines der ärmsten Länder auf der Erde und sind jetzt eines der wohlhabendsten. Da ist über die Sozialpartner wirklich viel gelungen.

Was war da Ihrer Meinung nach das Erfolgsgeheimnis?

Gegenseitig zuhören, Gespräche führen, gemeinsame Lösungen suchen. Da ist jetzt ein wenig Sand ins Getriebe gekommen, das muss ich leider sagen. Es gibt einen Führungswechsel in der Wirtschaftskammer und im Wirtschaftsbund. Es ist jetzt wirklich schwierig geworden, gemeinsame Lösungen zu suchen, um der Bundesregierung zuzuarbeiten. Aber das war die große Stärke, dass diese Sozialpartnerschaft der jeweiligen Regierung zugearbeitet hat, um einen Kompromiss zu finden, der für beide Seiten, für Arbeitgeber und für Arbeitnehmer, verträglich ist.

Also muss eine neue Gesprächsbasis gefunden werden?

Wir sind auf der Suche nach Formen, wie man das noch verbessern kann.

Reden wir noch über Ihre Partei, die SPÖ. Vor mehreren Tagen ist an einem Sonntag die Führungsebene neu aufgestellt worden. An der Spitze der Partei sind jetzt drei Personen, und Finanzminister Markus Marterbauer soll mit Beginn des kommenden Jahres Vizekanzler werden – vielleicht sogar die Partei übernehmen. Wird da nicht einem Mann, der eigentlich ein Nicht-Politiker ist, zu viel aufgelastet?

Vielleicht tut es dem Land ja gut, dass einem Nicht-Politiker, der über die Grenzen denkt und auch bereit ist, Lösungen zu finden und rote Linien zu verlassen, mehr Verantwortung gegeben wird. Wir sind sehr stolz, dass Markus Marterbauer ja gesagt hat. Wir haben ihn ja zuerst gefragt, und dann ist die Entscheidung der neun Landeschefs mit der Bundesspitze getroffen worden. Jetzt ist es wichtig, dass er seine letzte Krebstherapie absolviert. Ich bin davon überzeugt, dass das positiv ausgehen wird. Ich bin auch überzeugt, dass Markus Marterbauer sicherlich ein Garant dafür ist, dass die Regierung hält. Er ist einer derjenigen, die ganz konsequent das

Koalitionsprogramm abarbeiten. Wie er Österreich als Finanzminister überrascht hat, wird er auch als Vizekanzler überraschen.

Ist er auch ein Garant dafür, dass die SPÖ die derzeitige Umfrage- Talsohle wieder verlässt?

Ich bin davon überzeugt. Ehrlich gesagt, seit dem 1. Mai 2016 führen wir in unserer Partei eine Personaldebatte. Und wann ist es uns das letzte Mal gelungen, dass alle neun Landesparteichefs an einem Sonntag zusammenkommen und sich nach einer fünf Stunden langen Diskussion auf einen gemeinsamen Prozess einigen? Wo alle neun Landeschefs mittun wollen. Ich glaube, die nächsten Wochen und Monate sind entscheidend für die Sozialdemokratie. Wir wissen, das ist wahrscheinlich unsere letzte Chance, hier wieder rauszukommen. Die SPÖ benötigt diesen Prozess, um für das Land wieder durchstarten zu können.

Ihren Worten entnehme ich, dass Sie davon ausgehen, dass die Bundesregierung bis 2029 hält?

Ich gehe davon aus. Aus Sicht der Sozialdemokratie wird es halten, obwohl wir wissen, dass ab dem Herbst 2027 an die zehn Wahlen in dieser Republik anstehen. Aber wenn wir alle Dinge abarbeiten, die wir im Koalitionsabkommen vereinbart haben, dann gehe ich davon aus, dass die Regierung halten wird.

Ein Grund für diese Dreier-Bundesregierung ist ja auch, dass FPÖ-Obmann Herbert Kickl als Kanzler verhindert werden sollte.

Ich halte das für ein ganz negatives Wording. Herbert Kickl wollte nie Kanzler werden. Ich bin mir gar nicht sicher, ob er es das nächste Mal werden will. Fakt ist, er hat alles auf dem Teller gehabt. Nach dem Scheitern der ersten Gespräche Anfang Jänner 2025 hatte er die Möglichkeit, den Kanzler zu machen. Er hat es nicht gemacht. Er ist halt jemand, der sagt, in einer Regierungsverantwortung werden wir als Freiheitliche nichts gewinnen, das hat uns die Geschichte gelehrt. Die FPÖ hat es zweimal versucht und ist zweimal gescheitert. Herbert Kickl ist kein Befürworter einer Regierungsbeteiligung oder einer Kanzlerschaft, davon bin ich persönlich überzeugt.

Seine Ansage, ins Bundeskanzleramt einziehen zu wollen, ist aber schon aktuell.

Die Ansage war im Jänner 2025 auch da, aber in den Gesprächen fehlte die Ernsthaftigkeit. Einen möglichen Regierungspartner derartig zu demütigen, war eher ein Revanchefoul gegenüber der ÖVP für frühere Zeiten, so habe ich das empfunden.

ZUR PERSON

Josef „Beppo“ Muchitsch (59)
Der gelernte Maurer aus Lang in der Steiermark ist seit 2014 Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz. Seit 2006 ist er auch Nationalratsabgeordneter der SPÖ im Parlament.

